Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452. - - - - Phone 657.

2. Jahrgang. | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 3. März 1909. | No. 19

Aus dem Dominion-Parlament.

Die Debatten der letzten Woche waren verhältnismäßig unbedeutend und uninteressant. Doch ist das Parlament schon soweit mit seinen Arbeiten fortgeschritten, daß man die Vertagung in ungefähr 6 Wochen erwartet.

Herr Borden las dem Hause eine beschworene Aussage betreffs des berühmten Asiaten-Ausschluß-Telegramms vor. Wie wir schon einmal mitteilten, ersuchte zur Zeit der Dominion-Wahlen in einer Zeitung Britisch Columbiens ein mit R. L. Borden unterzeichnetes Telegramm, das unter anderm die Worte enthielt „Ich bin für Ausschluß aller Asiaten."

Herr Borden erklärte schon früher, daß das Telegramm gefälscht sei. Und da Herr Borden von Freund und Feind als Ehrenmann angesehen wird, so glaubte man ihm natürlich ohne Weiteres. Das jetzt vorgelegte Affidavit wurde vom Bischof Perrin von Brittsch Columbien eingesandt und besagt, daß ein Angestellter der betreffenden Zeitung aus übertriebenem Parteieifer den Zusatz zu dem Telegramm gemacht habe.

Wirklich ein sehr gemütlicher Mann! Hoffentlich wird er seiner Strafe nicht entgehen.

Auch Herr Borden ist nicht ganz freigesprochen. Hat er doch mit der Erklärung, daß das Telegramm gefälscht sei, wohlweislich bis nach den Wahlen gewartet. Das Telegramm war eins der Hauptzugmittel der konservativen Partei in B. C. und man geht wohl nicht zu weit, wenn man diesem gefälschten Telegramm den Sieg der Konservativen in der Pacific-Provinz zum großen Teil zuschreibt. Es ist darum auch kein Wunder, daß die Liberalen von Vancouver verlangen, daß man gerichtlich gegen den resp. die Schuldigen vorgehe.

Ein konservativer Abgeordneter brachte eine Resolution ein, in der er die Abschaffung des Senates verlangt. Er sagte, man sei seit 15 Jahren mit dem Senat unzufrieden und beide Parteien hätten von zahllosen Rednertribünen Senats-Reform verlangt. Der Senat sei nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich, weil außerordentlich kostspielig. Letztes Jahr habe er dem Lande 317,918 Dollars gekostet. Das mache in 10 Jahren über 3 Millionen sozusagen weggeworfenes Geld. Man solle diese Gelder lieber zur Abschaffung der gefährlichen ebenen Bahnkreuzungen benutzen.

Verschiedene Redner schlossen sich ihm an und einer erklärte sogar, der Senat sei „eher ein Fluch als ein Segen für das Land".

Natürlich ging diese radikale Resolution nicht durch. Und wird es auch wohl mit der „Reform" des Senats noch recht lange Weile haben, obgleich der Senator Roß eine dahingehende Vorlage eingebracht hat.

Die Vorlage des Justizministers, die das Subsidiren und Annehmen geheimer Kommissionsgebühren verbietet, erhielt ihre letzte Lesung. Man will dadurch einem geschäftlichen Uebel abhelfen, das weit verbreitet ist. Ob's was nützen wird, ist eine andere Frage. Viele Gesetzesbestimmungen werden ja sowieso nur zum Schein gemacht.

Der Abg. Major Currie griff die Regierung wegen der zwischen Canada und den Ver. Staaten schwebenden neuen Verträge an. Diese werden tatsächlich zwischen dem Kolonialamt in London und der Ver. Staaten Regierung gemacht. Currie sagte, wenn Großbritannien unsere Diplomatie leite, würden wir stets über den Löffel barbiert. Wir hätten einen Vertrag mit Japan schließen müssen, den wir längst bedauerten, und jetzt scheine es so, als würden wir auch mit den Amerikanern einen Vertrag schließen müssen, den wir bald bedauern würden. „Wir bedauern alle den Vertrag mit Japan, aber wir können's nicht ändern. Auch der neue Vertrag wird zu unsern Ungunsten sein. Aber was können wir tun? Wir wünschen keinen Krieg, weder mit den Ver. Staaten noch mit Japan, denn wir wissen, daß eine große Kriegswolke über das Mutterland hängt. Wir wollen alles tun, was wir können, um den Krieg für die nächsten drei oder vier Jahre zu verhüten."

Der Premierminister meinte, der japanische Vertrag hätte uns doch wohl keinen besonderen Schaden gebracht. Auch die Einwanderung von Japanern sei zur Zufriedenheit Canadas geregelt worden. Was den Wasserweg-Vertrag mit den Vereinigten Staaten anbetreffe, so halte er ihn für gerecht und billig für beide Seiten.

Bei Gelegenheit der Budget-Beratungen stellt ein Abgeordneter die Frage, ob die Patranage-Liste im Eisenbahn- und Kanal-Department noch immer bestehe oder ob sie endlich abgetan worden sei. Der Eisenbahn-Minister meinte, es seien auch Konservative auf der Liste der Begünstigten gewesen, fügte aber hinzu, daß eine Ordre erlassen sei zur Abschaffung der Listen.

Eine etwas impertinente Frage stellte ein konservativer Abgeordneter, indem er um Auskunft bat, ob unter dem neuen System die Angebote in den Zeitungen beider Parteien veröffentlicht würden. Der Eisenbahnminister antwortete: „Solange als die menschliche Natur, eben menschliche Natur ist, ist es nur natürlich, Vertrauen in solche zu setzen, die uns Vertrauen schenken. Danach gehen wir, solange wir den vollen Wert für unser Geld bekommen."

Also die Regierung ist menschlich und nicht Menschliches ist ihr fremd. Infolge dessen zieht sie die liberalen Zeitungen vor, ebenso wie die Konservativen ihre Zeitungen bevorzugen würden, wenn sie am Ruder wären.

Bei Gelegenheit der Debatten über die Voranschläge für das Postdepartement behaupteten einige Oppositions-Mitglieder, daß liberale Abgeordnete die Postprivilegien mißbraucht hätten, indem sie zu einer Zeit, wo das Haus nicht in Session war, viele Postsachen unfrankiert durch die Post verschickt hätten. Es entstanden darüber sehr lebhafte Debatten und einige konservative nannten das Grall und kleinliche, verächtliche Dieberei. Namentlich der redselige Herr Foster nahm den Mund recht voll und meinte, wenn ein Einbrecher die Postoffice beteile, so würde er ins Gefängnis geschickt. Hier liege auch Dieberei vor, aber die Schuldigen gingen frei aus.

Dr. Clark von Red Deer fiel darauf über Foster her und meinte, Foster würde weder für die Liberalen noch für viele Konservative als Tugendmuster gelten können. Worauf Herr Foster ganz kühl erwiderte, Dr. Clark sei mit der Fliege zu vergleichen, die um die Hörner eines Bullen herum brumme. Dem Bullen mache das nichts aus, während die Fliege glaube, sie habe dem Bullen einen rechten Tort angetan.

Und so hatte Herr G. E. Foster die Lacher auf seiner Seite.

Wahlen in Alberta.

Die Legislatur der Provinz Alberta hat sich vertagt und sind die Wahlen auf den 22. März festgesetzt worden.

Bei der ersten Provinzialwahl im Jahre 1905 errang der liberale Führer A. C. Rutherford einen großartigen Sieg, indem 23 von den 25 Wahlkreisen liberale Vertreter wählten. Die Opposition bestand im ganzen nur aus 2 Mann.

Man sagte sich damals wohl, daß eine so gewaltige Majorität gefährlich für Hon. C. A. Rutherford sei. Man befürchtete, da so gut wie keine Opposition vorhanden war, Extravaganz und korrupte Regierung. Aber das Gefürchtete ist nicht eingetreten. Im Gegenteil. Hon. Rutherford und seine Kollegen Cushing, Croß und Finlay haben sich als tüchtige und ehrliche Männer bewiesen.

Was Wunder, daß man allgemein einen neuen Sieg der Liberalen im schönen Alberta erwartet. Der gute Rekord der Rutherford-Regierung sowie die angekündigte Bahnpolitik und die Etablierung eines großen Regierungs-Schlacht- und Packhauses zum Nutzen der Farmer werden der Rutherford-Regierung wieder in den Sattel helfen, resp. sie im Sattel halten.

Die neue Wahlkreiseinteilung giebt der Provinz 41 Sitze. Südlich und nördlich von Red Deer sind je 7 Sitze hinzugefügt und Edmonton sowie Calgary wählen je zwei Vertreter. Auch die Stadt Lethbridge wird einen eigenen Vertreter zu wählen haben.

Der canadische Nordwesten.

Zu obigem Thema schreibt eine angesehene deutsche Zeitung der Ver. Staaten Folgendes, aus dem hervorgeht, daß man sich „drüben" nicht gerade über die Einwanderung vieler Amerikaner nach Canada freut, sich aber mit dem Gedanken tröstet, daß aus diesem amerikanischen Samen einst ein neuer amerikanischer Nordwesten emporblühen wird. Wollen's abwarten.

„Gerade im Leben unseres Kontinents ist die Besiedelung, die Eröffnung einer bisher wilden oder von der weißen Rasse noch unbenützten Gegend ein beinahe alltägliches Ereignis. Die Bewegung des Volkes vom Osten nach dem Westen ist seit fast 250 Jahren stetig vor sich gegangen. Manchmal hat sich eine Kirche in ihrer substantiellen Gestalt eine neue Stätte ausgesucht und ihre Anhänger mit sich geführt; in anderen Fällen ist aus der Blockhütte, die ein mutiger Pionier in der Wildnis errichtet hat, eine blühende Stadt geworden; dann wiederum deutet eine Stadt oder eine Gruppe von Ortschaften auf den Ursprung hin, den sie gehabt hat. Die Entdeckung von Gold oder anderen Metallen, das Vorhandensein fruchtbaren Bodens, blühender Täler, ausgedehnter Waldungen und anderer den Menschen anlockenden Naturzuständen hat erstaunliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Nation zustande gebracht. Die Wildnis, der Sumpf, ja die Wüste sind manchmal wie durch einen Zauberschlag in blühende Farmen oder lebhafte Städte verwandelt worden.

Es ist eines der schönsten Kapitel in der Geschichte der Entwicklung Amerikas, ein Kapitel, auf das unsere Nation stolz ist, das eine lehrreiche und unterhaltende Geschichte von Tatkraft und dem Ausnützen von Gelegenheiten erzählt. Die Eröffnung neuer Landstrecken, der Bau von Bahnen, die Ueberbrückung von Strömen, die Anlage und Entwicklung von Ortschaften und Städten und nicht zum wenigsten die Verknüpfung der oft weit von einander entfernt liegenden Landstrecken durch die Bande der Blutsverwandtschaft und gemeinsamen Abstammung hat sich vereinigt, um unser Land zu dem zu machen, was es ist.

Allein die gleiche Bewegung, die sich gegenwärtig jenseits der Grenze im Nordwesten unseres Landes abspielt, giebt nicht zu den gleichen Gefühlen der Befriedigung Anlaß, denn sie bietet eine Gelegenheit zur Rivalität, die nicht besonders angenehm ist. Die Entwicklung des canadischen Nordwestens ist geeignet, das beste Blut Amerikas aus dem Lande zu ziehen und ihm in fremdem Lande die Gelegenheit zu neuen Taten der Kolonisation zu bieten, die im eigenen Lande nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden ist. Bis jetzt hat sich der Begriff des Pan-Amerikanismus nicht in dem Maße entwickelt, daß das Volk als solches mit Gleichmut auf die rapiden Fortschritte des canadischen Nordwestens zu blicken gewillt ist. Der Glauben an das freie Zugrecht des Einzelnen ist eine der Grundstützen unseres Volkscharakters, aber es sieht sich nicht so verlockend an, wenn man auf der andern Seite steht.

Indessen, gerade von diesem Standpunkt aus betrachtet, gewinnen die Berichte von den Fortschritten des canadischen Nordwestens besonderes Interesse. Wie mitgeteilt wird, werden sich am Ende des gegenwärtigen Jahres dort Eisenbahnen in der Gesamtlänge von 12,000 Meilen befinden; die Canadian Pacific, die Canadian Northern und die Grand Trunk Pacific werden viele Millionen — wie es heißt $90,000,000 — zum Ausbau und zur Entwicklung der Linien, welche die Seengegend mit dem Stillen Ozean verbinden, ausgeben. Auch andere, kleinere Linien planen Fortschritte. Was bis jetzt getan worden ist, läßt viel für die Zukunft erhoffen. Die Nachteile und Unannehmlichkeiten des Daseins in jenen abgelegenen Ländern sind wohlbekannt, aber trotzdem enthält das jungfräuliche Land so viele Vorzüge, einen so gewaltigen natürlichen Reichtum, daß die nächsten Jahre unzweifelhaft eine erstaunliche Entwicklung der Länder zeigen werden, die auf der andern Seite der nördlichen Grenzlinie von Minnesota, Nord-Dakota, Idaho und Washington liegen.

Und im Grunde genommen haben die Vereinigten Staaten keine Berechtigung zu Klagen, denn Canada gehört nun einmal untrennbar zum nordamerikanischen Kontinent, und die Entwicklung jedes seiner Teile muß schließlich und endlich dem ganzen Kontinent zum Vorteil gereichen. Auch die Auswanderung amerikanischer Bürger ist kein Verlust, sondern nur das Pflanzen des Samens, der sich einmal über den ganzen Nordwesten verbreiten, und seinen Anschluß an die große Republik vorbereiten und am Ende zur Tatsache machen wird."

Provinziales.

Die Antwort der Farmer.

Am Schluß der großen Versammlung der westlichen Getreidebauer in Weyburn setzte der Interprovinzial-Rat der Vereinigung eine Antwort auf das Schreiben der Premierminister betreffs Verstaatlichung der Elevatoren auf, die wesentlich das Folgende enthält:

Wir Farmer nehmen den Standpunkt ein, der auch, trotz allem, was die Minister dagegen sagen, aus ihrem Schreiben hervorgeht, daß der Verstaatlichung der Elevatoren keine konstitutionellen Hindernisse im Wege stehen. Was den Einwurf betrifft, daß die Verstaatlichung der Elevatoren unkonstitutionell sei, so sei angeführt, daß bereits Farmer-Elevatoren in Betrieb sind, die Getreide kaufen, aufstapeln, reinigen, wiegen, versenden und verkaufen können. Ist das möglich, dann muß es auch möglich sein, daß die Regierung dieses Geschäft übernimmt, denn besagte Farmer-Elevatoren haben einen Provinz-Charter. Auch glauben die Farmer nicht, daß die finanzielle Seite der Frage ihre Lösung verhindert. Jetzt seien einfach zuviel Elevatoren vorhanden. Ein Drittel der Zahl genüge vollkommen, um den Getreidehandel zu bewältigen, wenn die Regierungen das Geschäft übernähmen.

Die Antwort führt dann ein Beispiel an. Durch den Farmer-Elevator in Miami gingen im letzten Jahr 130,000 Buschel Getreide. Das Einkommen belief sich auf 1½ Cents per Buschel, im Ganzen 1950 Dollars. Durch drei weitere Elevatoren am selben Ort gingen 67,000 Buschel oder 22,333 durch jeden einzelnen im Durchschnitt. Diese Elevatoren müßten also, um jede ein Einkommen von 1950 Dollars zu haben, 8¾ Cents vom Buschel nehmen. Alle Elevatoren in den drei Provinzen wären gezwungen, durchschnittlich 6¼ Cents vom Buschel zu nehmen, um ein so hohes Einkommen zu haben, wie der Farmer-Elevator in Miami.

Jetzt müssen die vielen Elevatoren soviel am Getreide verdienen, daß sie die Betriebskosten herausschlagen, einerlei, wieviel Getreide durch einen Elevator geht. Da viel zu viel Elevatoren vorhanden sind, so geht verhältnismäßig viel zu wenig durch jeden Elevator und werden die Kosten viel zu hoch. Der Farmer muß aber die Zeche bezahlen. Wenn die Regierung nicht dazwischen tritt, werden noch viel mehr Elevatoren gebaut und die Farmer müssen folglich noch mehr büßen.

— Es verlautet, daß Unterhandlungen im Gange sind zwecks Ankaufs des Bell Telephon-Systems durch die Provinzial-Regierung.

— Eine Gesellschaft ist bei der Handelskammer von Wolseley um das Privilegium eingekommen, in der Nähe der Stadt nach Gas bohren zu dürfen.

— Die Berittene Polizei verhaftete im Norden der Provinz vier Halbblut-Indianer, die verdächtig sind, einen norwegischen Farmer namens Anderson ermordet zu haben.

— Das Maple Leaf Hotel in der Local Option Stadt Lumsden ist niedergebrannt. Verlust an 15,000 Dollars, dem eine Versicherung von 8000 Dollars entgegensteht.

Farmer-Versammlungen.

In den nächsten Wochen werden die unten angegebenen Farmer-Versammlungen an Orten entlang der Canadian Northern Linie zwischen Togo und Prince Albert abgehalten. Die Versammlungen sind von dem Landwirtschaftlichen Departement der Regierung eingerichtet und werden tüchtige Redner die von ihnen zu behandelnden Themata in einer gründlichen und gemeinverständlichen Weise erläutern. Alle Farmer sind dringend gebeten, zu erscheinen und ihre Farmprobleme mitzubringen. Herr Bredt, der einer der erfolgreichsten Züchter ist und gemischte Landwirtschaft betreibt, wird in deutscher Sprache reden. Er wird über folgende Themata sprechen: „Landwirtschaft in Saskatchewan", „Getreidebau", „Viehzucht", „Gemischter Farmbetrieb".

Versammlungen:

Howall, Schule, 4. März.
Bonda, Oddfellows Halle, 5. März.
Aberdeen, 6. März.
Prince Albert, Knox Halle, 9. März.
Osler, Schulhaus, 10. März.
Hague, 11. März.
Rosthern, Stadthalle, 12. März.
Duck Lake, 13. März.

Serbien vor der Entscheidung.

Das serbische Volk wird bald, sehr bald vor eine Lebensfrage gestellt werden. Das weiß die serbische Regierung, und sie weiß noch mehr. Es muß ihr bekannt sein, daß dieses arme, einem großen Unglück zutaumelnde Land mit seiner herausfordernden, der Nüchternheit kaum noch zugänglichen Politik am Tage der stets näher und näher rückenden Abrechnung ganz allein und verlassen in der Welt bleiben werde. Trotzdem hat sich bisher kein Mutiger gefunden, der dem Wahnwitz entgegengetreten und sich als moralischer Winkelried in die Speere werfen würde, um seine Heimat durch die eindringliche Sprache der Vernunft ohne Rücksicht auf die Volksgunst vor einer Katastrophe zu retten. Denn sinnlose Katastrophenpolitik mit kaum zu verantwortendem Leichtsinn von den Führern der Parteien unterstützt, leitet gegenwärtig die Schicksale der serbischen Nation und drängt zu einem Verhängnis, das, wenn die Besonnenheit nicht im letzten Augenblicke wiederkehrt, hereinbrechen muß. An diesem Volke wird geradezu ein Verbrechen begangen. Die Berufspolitiker, die von den Agitationen und Wühlereien ihren Lebensunterhalt bestreiten, und alles, was sich an heimlichen Interessen mit ihnen verflochten hat, treiben zum Krieg. Sie schleifen die Säbel, sie pressen aus dem ohnehin bedrückten Wohlstand der Bauern die Millionen heraus, die für Rüstungen verschwendet werden. Sie berauschen die öffentliche Meinung und reizen zu einem Fanatismus, dem schließlich jede Bremse fehlt und der unaufhaltsam das Gefährt über die Böschung zum Abgrunde hinunterkollern macht. Die serbische Krise hat jetzt die äußerste Spannung erreicht. Bald, sehr bald muß Klarheit darüber gewonnen werden, was Serbien eigentlich will; bald, sehr bald wird der Inhalt dunkler Drohungen, feindseliger Kundgebungen und kriegerischer Vorbereitungen vor ganz Europa geprüft werden müssen. Serbien hat nicht mehr viel Zeit zu verlieren und muß rasch mit sich selber zu Rate gehen und mit sich selber schlüssig werden. Dem König Peter kann nur zugerufen werden, was dereinst einem viel Größeren warnend, mit bester Absicht gesagt wurde: Hüte dich vor des Märzes Ideen!

Bisher hat die österreichisch-ungarische Monarchie alles ruhig geduldet, was sich in Serbien zugetragen hat. Wo gäbe es dafür ein Beispiel in der Geschichte der Völker, daß eine Großmacht an der Schwelle ihrer Türe militärische Vorbereitungen, Ankauf von Pferden, Geschützen und Schießmaterial zuläßt, sich um die Einberufung der Reserven beinahe nicht kümmert und ihre ganze Politik dem Gedanken unterordnet, daß den Leidenschaften die zeitliche Möglichkeit gegeben werde, langsam wieder abzuschwellen. Die Macht der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde an den Grenzen kaum markiert. Was geschehen ist, gehört fast ganz in den Bereich verstärkter Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze der Bewohner gegen Einbrüche gewalttätiger serbischer Banden. Es wäre keine Ueberhebung, zu behaupten, daß ein militärischer Griff, der dort gepackt hätte, wo die Empfindlichkeit am größten ist, genügt hätte, um die Serben zum vollen Bewußtsein der beiderseitigen Größenverhältnisse sowie der gegebenen politischen und militärischen Tatsachen zu bringen. Das ist nicht geschehen. Die österreichisch-ungarische Monarchie wollte auch durch ihre besondere Langmut gegen Serbien beweisen, daß hinter der Annexion gar nichts, rein gar nichts stecke, als staatsrechtliche Formalitäten, die für ein dualistisches Reich wichtig sind. Für die Annexion sollten wirklich nicht einmal die Knochen eines einzigen Deutschmeisters geopfert werden. Serbien hörte jedoch nicht auf, mit seinem Schicksal zu tändeln, und so mag es geschehen, daß dereinst die Folgen dieses Frevels über sein Haupt kommen werden.

Denn die serb. Regierung stemmt sich nicht blos gegen Oesterreich-Ungarn, sondern gegen ganz Europa. Jawohl, Serbien gegen Europa! Das scheinbar Absurde, das Seltsame und Absonderliche ist die nackte Wahrheit. Die serbischen Minister haben von allen Seiten erfahren, daß Europa den Frieden will und daß es mit tiefem Abscheu ein Blutvergießen wegen eines Nichts, wegen eines Hirngespinstes und wegen eines tollen Einfalls sehen würde. Die Nationen der österreichisch-ungarischen Monarchie teilen diesen Abscheu und würden den höchsten Widerwillen fühlen, wenn sie durch zwingende Verhältnisse genötigt wären, Serbien in die Schranken des Völkerrechts zurückzuweisen. Das wäre überhaupt kein Krieg. Dieser großartige Namen soll einer Handlung nicht gegeben werden, die mehr einer völkerrechtlichen Exekution gleichen würde, wie seinerzeit, als die österreichischen Truppen gegen Kassel vorrücken wollten und bei dem drohenden Konflikt mit Preußen der Schimmel von Bronzell das einzige lebende Wesen war, das auf dem Schlachtfelde verhauchte. Trotzdem sträubt sich das Gefühl gegen ein so nutzloses Verwüsten von Gut und Blut, ohne denkbaren Vorteil für die österreichisch-ungarische Monarchie, ohne politischen Ersatz für die Aufregung und für das Aufgebot von Kraft, ohne die Möglichkeit materieller Entschädigung und ohne einen anderen Nutzen als die Züchtigung des Angreifers, der keine Ruhe giebt. Was sollte Oesterreich-Ungarn von einem solchen Kriege haben? Ruhm? Der Zweikampf mit ungleichen Schwertern hat Tapfere niemals angezogen. Vergrößerung des Gebiets? Kein vernünftiger Mensch dieser Monarchie will von Serbien auch nur eine Scholle seiner Aecker haben. Nichts ist von dem Siege über dieses schwergeprüfte Land zu hoffen. Schon der Gedanke an diesen Krieg flößt allen Menschenfreunden Grauen ein. Aber die serbische Politik treibt dazu.

Jetzt brüten sie in Serbien über ein Memorandum, vor dem sämtliche Großmächte, auch die, welche den Serben bisher freundlich gesinnt waren, lebhaft warnen. Dieses Memorandum ist ein sehr gefährliches Spielzeug, ein Pfeil, der, vom Bogen abschnellend, sich im Fluge umkehrt und den Schützen in die Brust trifft. Das Memorandum scherzt mit einer Forderung, die unter den jetzigen Verhältnissen die nackte Frivolität ist. Die Türkei hat sich bereit erklärt, auf die usurpierte Souveränität für eine goldene Entschädigung zu verzichten. Nach dieser Vereinbarung muß es kindisch genannt werden, wenn Serbien trotzdem die Autonomie Bosniens unter der Souveränität des Sultans verlangt. Dazu kommt die Forderung nach dem Verzicht auf ein Stück Bosniens und der Herzegowina, ein Verlangen, das unter dem Eindrucke der zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn schon seit Jahrzehnten bestehenden und vom Petersburger Kabinett auch jetzt anerkannten Verträge über die Annexion geradezu widersinnig ist. Die europäischen Kabinette haben dafür geschlossen und kommt zu dem Ergebnis, daß der Schlüssel zur Situation nach wie vor in St. Petersburg liege. Die Haltung Rußlands werde für Serbien und die Aufrechterhaltung seiner Ansprüche absolut maßgebend sein.

St. Petersburg, 27. Febr. Eine Ordre, welche gewisse Klassen der Reservisten für ihre jährlichen Uebungen zu den Fahnen einberuft, hat in der Presse von St. Petersburg große Beachtung gefunden. Amtlicherseits wird jedoch versichert, daß dieser Schritt mit der jetzigen Balkankrisis in keinem Zusammenhang stehe und sich lediglich auf die regulären Frühjahrsmanöver beziehe.

Fiteatroff, einer der gewiegtesten russischen Kriegskorrespondenten, telegraphiert aus Antivari, Montenegro, an die obige Einberufungsordre anknüpfend, daß der Krieg unvermeidlich sei.

Berlin, 1. März. — Großbritannien hat, wie hier verlautet, die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, sich einer gemeinsamen Aktion der Mächte in Belgrad anzuschließen, vorausgesetzt, daß Rußland sich beteiligt. Gemäß der Information der deutschen Regierung sondiert Frankreich jetzt Rußland in vertraulicher und freundschaftlicher Weise bezüglich Annahme der von Deutschland ausgegangenen Anregung, daß man in Belgrad, und nicht in Wien, vorstellig werden sollte.

Ein optimistischer Ton herrscht andauernd in amtlichen Kreisen vor. Zur Erklärung von Deutschlands Standpunkt wird hervorgehoben, daß weder Deutschland noch irgend eine andere Großmacht Serbien bedrohe. Auch soll das geplante Vorgehen in Belgrad nicht den geringsten Anschein einer Drohung haben. Doch geht die allgemeine Ansicht dahin, daß Serbien bezüglich der Stimmung des europäischen Konzerts über seine Ansprüche informiert werden sollte, um keinen Zweifel übrig zu lassen, daß die Mächte das Verlangen Serbiens nach territorialer Entschädigung nicht unterstützen werden. Wenn die Situation in diesem Lichte betrachtet wird, so glaubt man, daß Rußland sich den anderen Mächten zugesellen wird. Es würde dadurch Serbien einen Dienst erweisen, ohne inkonsequent zu sein.

St. Petersburg, 1. März. Der Pessimismus in hiesigen Diplomatenkreisen gegenüber der Balkan-Situation wird immer größer. Da man glaubt, daß sich, falls nicht bald eine Lösung des schweren Problems gefunden wird, ein Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien binnen vierzehn Tagen erwarten lasse. Im Auswärtigen Amt heißt es, daß die russische Regierung nicht geneigt sei, einen Einfall in Serbien allein als „casus belli" zu betrachten, die Hand der Regierung jedoch unter obwaltenden Umständen durch die Volksmeinung gezwungen werden dürfte. Die Erfindung der Feindseligkeiten würde Tausende von russischen Freiwilligen in die Reihen der Serben treiben.

Die Dumaführer, die heute im Auswärtigen Amte vorgesprochen hatten, äußerten sich überzeugt, daß der Krieg unvermeidlich sei. Mitteilungen aus Kiew lassen ersehen, daß noch keinerlei militärische Maßregeln an der südwestlichen Grenze erfolgt sind, daß aber alle Urlaubsgesuche von Offizieren abschlägig beschieden worden und das Departement Kiew zur sofortigen Mobilmachung bereit ist.

Das Auswärtige Amt äußert sich in keiner Weise über die in offiziösen Berliner Depeschen enthaltene Andeutung, daß weitere Unterstützung der russischen Prätensionen Rußland in gefährliche Verwicklungen gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn bringen würde. Die amtlichen Stellen fassen heute jede Auslassung darüber ab, ob Rußland unter diesem Druck seine Politik ändern werde oder nicht, erklärten sich aber völlig davon überzeugt, daß Deutschland den Frieden aufrecht zu halten und die bedrohliche Frage beizulegen wünsche.

Die „Nowoje Wremja" bringt eine geharnischte Antwort auf österreichische und deutsche „Drohungen". Das Blatt sagt: „Wir und unsere Vorfahren hatten öfter als einmal fremde Eroberer auf unserer Scholle, und die Gebeine von Hunderttausenden sind alles, was heute von ihren übereilten Versuchen, die Unverletzlichkeit russischen Gebietes anzutasten, zeugt. Wir wollen mit Niemanden Krieg, aber wir fürchten uns vor keinem Kriege und lassen uns nicht durch leere Redensarten einschüchtern. Wenn Oesterreich-Ungarn und Deutschland Rußland angreifen, werden sie es nicht mit Rußland allein zu tun bekommen."

Neueste Nachrichten.

Berlin, 1. März. — Der Mann, der während der letzten zwei Wochen in den Straßen Berlins eine Reihe von Attacken auf Frauen machte, wurde am Freitag Vormittag gefangen, als er an der Friedrichsstraße, einer der belebtesten Geschäftsstraßen Berlins, eine Frau zu stechen versuchte. Ihre Kleider wurden zerschnitten, sie selbst erlitt aber keinen Schaden. Die Frau schrie entsetzt auf, und ihr Angreifer floh in ein Haus in einer benachbarten Straße, wo er sofort von einem Polizisten ergriffen wurde. Er ist ein junger Mann, er wurde aber noch nicht desinfiziert. Der Angriff am Freitag war der 33. „Aufschlitzer"-Fall, seit dieser Unfug begann. Die Beschreibungen des Angreifers stimmen nicht überein, und deshalb glaubt man, daß verschiedene Männer diese Attacken ausführten. Unter den Frauen und Mädchen Berlins hat in letzter Zeit ein Zustand des Schreckens und Entsetzens geherrscht, und zahlreiche Dienstmädchen weigerten sich, nach einbrechender Dunkelheit auf die Straße zu gehen. Die Polizei hatte die größten Anstrengungen gemacht, den Angreifer zu fangen, viele Spezialdetektivs gingen sogar als Frauen verkleidet durch die Straßen, um einen Angriff herauszufordern, es war aber zwecklos. Die Angriffe wurden sowohl bei Tag, wie bei Nacht, auf offener Straße, wie in Gängen und Stiegenhäusern von Gebäuden gemacht. Der Angreifer näherte sich leise seinem Opfer, führte mit einem Stilett einen schnellen Stoß aus, und verschwand eiligst.

Wien, 27. Febr. — Zum kritischen Stande der Dinge am Balkan wird von offiziöser Seite erklärt, daß eine wirtschaftliche Kompensation Serbien erst diskutierbar sei, nachdem es in aller Form seine territorialen Ansprüche aufgegeben habe. Vorher würden einschlägige Verhandlungen vollkommen unwirksam sein. Sie würden nur die Begehrlichkeit Serbiens steigern und die vorherrschende Lage verschlechtern.

Hier waltet allgemein der Eindruck ob, daß Serbien den Krieg will und daß Rußland weiter dazu antreibt. Die Vorbereitungen für den Ernstfall sind, wie aus verläßlicher Quelle von Belgrad verlautet, vollendet. Die Truppen sind für einen Feldzug ausgerüstet. Munition und Kriegsbedarf aller Art sind reichlich vorhanden. Besprechungen finden zwischen den Generalen statt, die besonders zur Konferenz berufen worden sind.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Graf Forgach, der die serbische Hauptstadt bereits verlassen hat, ist „Familienverhältnisse halber" beurlaubt worden. Auf diese Weise soll es vermieden werden, daß dem Vertreter der Doppelmonarchie dort eine Beleidigung zugefügt wird, was mit Bestimmtheit zu erwarten wäre, wenn der Konflikt beginnen sollte.

Wien, 1. März. — Wie hier gemeldet wird, sind in Cetinje zwei Oesterreicher, die für Spione gehalten wurden, gelyncht worden. Eines der beiden Opfer der Volkswut soll früher einmal Portier der österreichischen Botschaft in Konstantinopel gewesen sein. Den Berichten zufolge sind den Unglücklichen die Nasen und Ohren abgeschnitten worden.

Berlin, 1. März. — Die Eisstauung im Elbe-Gebiet, welche im Gefolge des Hochwassers eingetreten ist, macht ungeheuer viel zu schaffen. Mit Eisbrechern haben sich die riesigen Blöcke nicht brechen lassen. Infolge dessen sind Sprengungen durch Pioniere notwendig geworden. Starke Abteilungen sind an der Arbeit, um in die Eismassen Bresche zu legen. Der durch die Hochflut im Gebiet der Elbe angerichtete Schaden wird jetzt auf neun Millionen Mark geschätzt.